

33. ÖFFENTLICHE PLENARSITZUNG DES GEMEINDERATES AM 27. FEBRUAR 2007

Vorlage Nr. 942 ANTRAG
Zu TOP

8

A N T R A G

der Stadträtinnen Doris Baitinger und Angela Geiger, der Stadträte Thomas Müllerschön und Michael Zeh (SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 20. Dezember 2006

Verkehrssituation in Hagsfeld

Die Stadtverwaltung legt ihre Bemühungen dar, wie der Weiterbau der Nordtangente Ost bis zur Haid-und-Neu-Straße schnellstmöglich realisiert wird.

Die Stadtverwaltung erstellt eine Modellrechnung, welcher zusätzliche Verkehrsdruck auf Hagsfeld durch die Öffnung des BAB-Anschlusses KA-Nord entsteht und welche Straßen mit welchem Verkehrsaufkommen zusätzlich belastet werden.

Die Stadtverwaltung legt dar, inwieweit der Mehrverkehr durch die verkehrsberuhigenden Maßnahmen kompensiert werden kann.

Die Stadtverwaltung legt die Vor- und Nachteile des geplanten Minikreisels am Lindenplatz dar. Dabei nimmt sie insbesondere zur Frage Stellung, ob der Minikreisel ein geeignetes Instrument für eine Verkehrsberuhigung in Hagsfeld ist.

Die Verkehrssicherheit der Fußgänger, insbesondere jedoch der Schulkinder, wird im Falle des Baus eines Minikreisels am Lindenplatz durch Bedarfsampeln anstatt Zebrastrreifen an den Straßenquerungen gewährleistet.

Sachverhalt/ Begründung:

Mit der baldigen Eröffnung des neuen Autobahnanschlusses KA-Nord wird Hagsfeld einem zusätzlichen Verkehrsaufkommen ausgesetzt sein. Nur der Weiterbau der

Nordtangente Ost bis zur Haid-und-Neu-Straße wird Hagsfeld wirksam vom Verkehr entlasten. Deshalb muss alles unternommen werden, den Weiterbau schnellstmöglich zu realisieren.

Neben dem Rückbau der Schwetzingen Straße und der Installation einer Verkehrsinsel im südlichen Bereich der Karlsruher Straße ist als weitere verkehrsberuhigende Maßnahme der Bau eines Minikreisels auf dem Lindenplatz geplant. Die Meinungen über die Zweckmäßigkeit dieses Kreisels gehen in Hagsfeld auseinander.

Die Übergänge beim geplanten Minikreisels sollen mit Zebrastreifen gesichert werden. Die Bürgerkommission Hagsfeld hatte die Verwaltung aufgefordert, zusätzlich Bedarfsampeln zu installieren. Die Verwaltung hat dies jedoch mit dem Hinweis abgelehnt, dass mit zusätzlichen

Bedarfsampeln die Verkehrssituation nicht mehr eindeutig geregelt sei. Wenn beide Maßnahmen nicht möglich sind, so sollte nach Auffassung der SPD die für die Kinder sicherere Variante, nämlich die Bedarfsampeln, realisiert werden. Denn für Kinder ist es notwendig, dass Verkehrssituationen möglichst eindeutig sind. Aufgrund ihrer Entwicklung können sie die Geschwindigkeit der Fahrzeuge noch nicht ausreichend einschätzen. Genau dies müssen Kinder aber an einem Zebrastreifenübergang leisten. Bedarfsampeln schaffen eine viel klarere Situation für Kinder und Autofahrer.

gez. Doris Baitinger
gez. Angela Geiger
gez. Thomas Müllerschön
gez. Michael Zeh

Hauptamt - Sitzungsdienste -
9. Februar 2007